

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

11.12.1931 (No. 289)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Karlsruher Straße Nr. 14, Karlsruhe, Nr. 954 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3016

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 10 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanmelderegister für Boden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Verein Gefallenen-Gedenkstiftung der Deutschen Studentenschaft

Amtlich wird uns zu dem Artikel in der Badischen Presse Nr. 569 vom 6. Dezember 1931 mit der Überschrift „Badisches Kultusministerium und Deutsche Studentenschaft“ folgendes mitgeteilt:

Am 8. April 1930 wurde in Berlin der „Verein Gefallenen-Gedenkstiftung der Deutschen Studentenschaft“ als eingetragener Verein gegründet. Nach § 2 der Satzungen hat der Verein den Zweck, „besonders begabten und für das Ausland interessierten Studenten durch Gewährung von Mitteln die Möglichkeit zum Studium an den Hochschulen des Auslandes zu geben“.

In einem Schreiben des Vorstandes des Vereins Gefallenen-Gedenkstiftung vom 24. Juli 1930 wurde das badische Kultusministerium des Innern und Unterrichts gebeten, von den Studierenden der badischen Hochschulen einen Semester-Zwangsbeitrag von 0,25 M für die Gefallenen-Gedenkstiftung zu erheben. Die Bitte des Vorstandes wurde abgelehnt, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Bezeichnung „Gefallenen-Gedenkstiftung“, aus der man auf die Errichtung eines Denkmals oder eines andern Andenkens an die im Weltkrieg gefallenen Studenten schließen könnte, entspricht nicht dem oben angegebenen Zweck des Vereins.

2. Es ist nicht zu vertreten, alle Studierende der badischen Hochschulen, unter denen sich viele Bedürftige und Arme befinden, zu zwingen, einen Beitrag zu leisten zu dem Zweck, daß einigen für das Ausland interessierten deutschen Studenten die Möglichkeit zum Studium an den Hochschulen des Auslandes gegeben wird. Solche Mittel zu beschaffen muß der privaten Initiative überlassen werden.

Diese Auffassung des badischen Unterrichtsministeriums ist nicht erst vertreten worden, als Minister a. D. Dr. Kemmele Unterrichtsminister war, sondern wurde schon früher und wird auch heute noch von der Unterrichtsverwaltung geteilt.

Die Finanzlage des Reichs

Dietrichs Ausführungen im Ausschuss

Reichsfinanzminister Dietrich machte, wie gemeldet, am Donnerstag vor dem Haushaltsausschuss des Reichstages längere Ausführungen über die Finanzlage des Reichs und zur Notverordnung. Das durch Steuerausfälle usw. im Reichsetat entstandene neue Loch von 400 bis 450 Millionen Reichsmark wird durch die finanzpolitische Maßnahme der Notverordnung gedeckt, ein Teil aus dem Ringbesch mit 170 Millionen. 60 Millionen Reichsmark durch Sparmaßnahmen, 50 Millionen Reichsmark durch neue Gebälksklärung und 120 Millionen Reichsmark durch erhöhte Umsatzsteuer für die Monate Januar und Februar. Weiter 50 Millionen werden aus der Vorlegung der Einkommensteuervorauszahlungen um einen Monat gewonnen.

Zu den Maßnahmen gegen die Kapitalflucht erklärte der Minister: Dem Ministerium sind die Personen bekannt, die große Vermögen besitzen und ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben, die sich aber nicht scheuen, in Deutschland herumzulaufen und sich mit ihrer „Schlaueit“ brüsten. Wir sind entschlossen, diese Personen, wenn sie nach Deutschland kommen und nicht das in der Notverordnung als Rücksteuer festgelegte Viertel ihres Vermögens zahlen, rücksichtslos verhaften zu lassen. Die meisten werden es wohl vorziehen, mit Rücksicht auf ihre Wirtschaftsinteressen im Inland wieder mit ihrem Kapital ins Vaterland zurückzukommen. Wer das nicht will, der soll Deutschland endgültig den Rücken kehren und sich nicht mehr bei uns blicken lassen.

Die Beamtenbesoldung sei durch die Verordnungen um über 20 Prozent gekürzt worden. In den unteren Gruppen hat der Beamte im Vergleich zu 1913 nur noch den Kinderzuschlag mehr als früher, trotz der wesentlich teurer gewordenen Lebenshaltung. Bei den mittleren Gruppen ist gegen 1913 das Einkommen auf 96 Prozent und bei den höheren Gruppen auf 88 Prozent gesunken. Wir haben uns zu diesen harten Maßnahmen aus der Zwangslage heraus entschließen müssen, um der Gefahr zu begegnen, daß die Gehälter überhaupt nicht mehr ausbezahlt werden können.

Seit November v. J. habe Deutschland nicht einen einzigen Pfennig mehr vom Auslande geborgt, und trotzdem seien wir durchgekommen. Die Überbrückung des 1. Januar sei gesichert; unferne Zinsverpflichtungen werden wir auch nachkommen können.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag die Ausprägung von weiteren 100 Millionen Reichsmark Reichsilbermünzen im Nennwert von 5 M. Es wurde ein baharischer Antrag angenommen, der eine Beteiligung der Länder an den Münzgewinnen verlangt. Die Münzgewinne des Reichs betragen in diesem Jahre 370 Millionen Reichsmark. — Als neuer Stichtag für die Berechnung der Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen in den Gemeinden, nach der die Reichshilfe festgesetzt wird, wurde der 1. Oktober 1931 festgesetzt.

Letzte Nachrichten

Vorschlag gegen Verlängerung des Hoover-Jahres

Weil Europa seine Angelegenheiten nicht ordnet
W.B. Washington, 11. Dez. (Tel.) Der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator Borah, gab gestern eine Erklärung ab, in der er sich gegen die Verlängerung des Hoover-Jahres und gegen eine Revision der Kriegsschulden auf Grund der Zahlungsfähigkeit der Schuldner aussprach.

Er erklärte, Europa habe es bisher unterlassen, das Moratorium zu beenden, um seine Angelegenheiten in Ordnung zu bringen, die es in Ordnung bringen müsse, bevor wirtschaftliche Erholung möglich sein würde. Eine Neuernennung des Ausschusses für auswärtige Schulden sei nicht am Platze, da dieser nichts zu tun haben würde. Ich vermag kein Zeichen zu entdecken, so sprach Borah, daß Europa beabsichtigt, seine Währungs zu mindern. Wir haben die Kriegsschulden bereits herabgesetzt und auf ungefähr sieben Milliarden Dollar vermindert. Angesichts der gegenwärtigen Politik Europas würde eine Neuverteilung auf Grund der Zahlungsfähigkeit auf eine allgemeine Streichung der Schulden hinauslaufen.

Sir John Simon zur Abrüstung

W.B. London, 11. Dez. (Tel.) In einer gestern bei einem Frühstück gehaltenen Rede kam der englische Staatssekretär des Innern, Sir John Simon, auf die Abrüstungskonferenz zu sprechen. Er betonte, daß mit diesem Problem eine ganze Anzahl anderer meist finanzieller Probleme, wie z. B. der Reparationen usw., verbunden seien. Es werde eine sehr großzügige Behandlung aller dieser Probleme nötig sein, wenn irgendeines gelöst werden solle. Die wirksame Bekämpfung der Währungsprobleme werde in erheblichem Maße von dem Grade abhängen, in dem die rein technischen Fragen mit den anderen Fragen in Verbindung gebracht werden.

Der Reichskommissar für Preisfestsetzung

Dr. Goerdeler über seine Tätigkeit
W.B. Berlin, 11. Dez. (Tel.) Der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, der bekanntlich zum Reichskommissar für die Preisfestsetzung ernannt worden ist, äußerte sich über seine Aufgabe Pressevertretern gegenüber etwa wie folgt:

Er betonte, daß er nicht als Preisfestsetzungskommissar, sondern eher als Überwachungskommissar zu betrachten sei. Er wolle, daß die in der neuen Notverordnung gegebenen Preisfestsetzungen sich auch tatsächlich bis zum Verbraucher hin auswirken. Die Aufgabe bestehe also darin, die sinngemäße Durchführung der Notverordnung bis zum Verbraucher hin zu überwachen und einen nach den neuen Bestimmungen gerechten Preis für den Verbraucher zu erzielen. Weiter unterstrich Dr. Goerdeler, daß nicht an eine Niederlage in der Zeiten der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft gedacht sei. Seine Aufgabe bestehe nicht in Zwangswirtschaft irgend welcher Art.

Die deutsche Volkswirtschaft steht, so fuhr Dr. Goerdeler fort, vor zwei Möglichkeiten: Entweder trotz aller Vorgänge drinnen und draußen den Anschluß an den Weltmarkt zu behaupten. Das ist nur möglich durch denkbare niedrige Preise, die in Basel bereits als Hungerpreise bezeichnet worden sind. Oder wir müssen uns auf den Binnenmarkt umstellen. Das bedeutet aber eine gewaltige Einschränkung der Ausfuhr. Wohin also man immer blickt, ist gerade unserem Volke in der gegenwärtigen internationalen Lage eine bescheidene Lebenshaltung aufgezwungen.

England

und der französische Einfuhrzuschlag

W.B. London, 11. Dez. (Tel.) „Morning Post“ will wissen, daß die britische Regierung gestern vormittag dem französischen Botschafter in London eine weitere Note zugestellt hat, in der sie die Forderung nach Aufhebung des 15prozentigen französischen Einfuhrzuschlags wiederholt. Der Wortlaut der neuen Note sei energischer als der der ersten und habe eher den Charakter einer Forderung als eines Ersuchens. In engeren französischen Regierungskreisen werde ihr Ton „als ungewöhnlich lebhaft“ bezeichnet und die Sorge wird geäußert, daß ein so energischer Schritt vielleicht eine dem Guten entgegen-gesetzte Wirkung haben werde.

Rücktritt der japanischen Regierung

W.B. Tokio, 11. Dez. (Tel.) Das Kabinett ist zurückgetreten. Die Krise scheint mehr durch finanzielle und wirtschaftliche Ursachen als durch die diplomatische Lage beschleunigt worden zu sein. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Politik Japans gegenüber China eine Änderung erfährt.

17. Dezember Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau

W.B. Essen, 11. Dez. (Tel.) Es steht jetzt fest, daß der bereits in Aussicht genommene Termin für die Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau bestehen bleibt. Die Verhandlungen beginnen am 17. Dezember gegen 10½ Uhr beim Bergewerksbund. Am Nachmittag tritt der Gewerkschaftsbund mit den Arbeitnehmerverbänden für einen neuen Angestelltenarbeitsvertrag zusammen.

Zamora zum Präsidenten der spanischen Republik gewählt.
Alcala Zamora ist von den spanischen Cortes am Donnerstag mit 362 von 410 Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt worden.

Wirtschaftliche Umschau

Die Not der süddeutschen Landwirtschaft — Forderungen der Bredelungsproduktion — Bier und Wein — Die Zinsenkung

Mit der besonderen Not der süddeutschen Landwirtschaft befaßte sich vor acht Tagen in München eine Kundgebung der Landwirtschaftskammern von Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Sachsen, und das Ergebnis war ein Hilferuf an die Reichsregierung. Zur Behebung der Wirtschafts- und Kapitalnot wurde vor allen Dingen ein Vollstreckungsschutz verlangt. Bekanntlich hat auch schon, wie feinerzeit mitgeteilt, die badische Regierung schriftliche und mündliche Vorstellungen in Berlin erhoben, um einer drohenden Katastrophe auf dem Grundstücksmarkt angesichts der immer größeren Zunahme der Zwangsversteigerungen von landwirtschaftlichen Grundstücken entgegenzutreten. Die Vorstellungen der süddeutschen Regierungen — denn auch Bayern und Württemberg haben sich angeschlossen — haben zu den nun in der Notverordnung veröffentlichten Maßnahmen der Reichsregierung geführt. Die süddeutsche Landwirtschaft hat bereits auch allgemeine Klagen gegen das zweierlei Maß, mit dem die Landwirtschaft des Ostens und des Westens behandelt werde, kürzlich geäußert, indem Direktor Dr. Engelberg von der Badischen Landwirtschaftskammer darauf hinwies, daß zugunsten der süddeutschen und westdeutschen Landwirtschaft bei weitem nicht solche Eingriffe erfolgten wie anlässlich der Osthilfe. Auch der Süden werde bald da stehen, wo der Osten stehe. Dort im Osten aber handele es sich nur um eine geringe Zahl von Betrieben, vor allem Großbetriebe, während die Grundlage der deutschen Landwirtschaft doch letzten Endes der Bauernstand bilde, von dem Tausende von Betrieben bedroht seien.

Auf dem Gebiet der Erzeugerpreise hat die Landwirtschaft, zumal die süddeutsche bäuerliche, ihre außerordentlich schweren Nöte. Gewiß sind angesichts der auf einem katastrophalen Stand verharrenden Weltmarktpreise für Getreide die Bälle ein wirksamer Schutz. Aber gerade für zwei Körnerarten, die für Süddeutschland in Betracht kommen, für Hafer und Braugerste — bei Braugerste handelt es sich um Sommergerste von besonders guter Qualität — sind die Erzeugerpreise und die Absatzmöglichkeiten außerordentlich unbefriedigend. In diesen beiden Körnerarten ist Süddeutschland ein Überflußgebiet, während es, als Ganzes genommen, in Weizen und Roggen eines Zujusses bedarf. (Wie übrigens bekanntlich gerade die bäuerlichen, auf hochentwickelte Grünlandwirtschaft eingestellten Betriebe ihr meistes Brotgetreide zukaufen müssen.) Deshalb wurde eine sofortige Ablösung der Stützungsaktion der Kartoffelflocken durch eine Stützungsaktion für Inlandgerste gefordert, so daß an Stelle des Bezugs von Kartoffelflocken der Bezug von Inlandgerste nachgewiesen werden müßte. Ferner wurde eine weitgehende Fruchtumwälzung für süddeutsche Gerste nach den nordwestdeutschen Schweinemastgebieten verlangt.

Lagen die Dinge bei der landwirtschaftlichen Bredelungsproduktion in Süddeutschland so wie beim Brotgetreide (Roggen und Weizen), dann könnte man wenigstens von einer leidlich erträglichen Situation sprechen. Besonders schlimm ist aber die Lage in der Viehwirtschaft. In den großen süddeutschen Aufzucht- und Milchviehwirtschaft eingestellten Gebieten war die Heuernte zwar gut, die Schinderte aber sehr schlecht, und die Bauern, die vielfach sich sehr starke Viehbestände zugelegt haben, müssen nun ihr Vieh um jeden Preis abstoßen. Die Viehpreise sind überall ganz außerordentlich tief gesunken, ohne daß die Fleischpreise ihnen durchweg nachgefolgt sind. Deshalb wurde hier einmal eine Senkung der Zwischenspanne verlangt. (Zunehmend stehen die Fleischpreise im Kleinhandel zum Teil weit unter dem Vorkriegspreis, was aus einer an anderer Stelle des Blattes wiedergegebenen Zusammenstellung der Karlsruher Wochenmarktpreise ersichtlich ist.) Zum zweiten wird aber darauf hingewiesen, daß Vieh- und Fleisch-einfuhr keine Rolle spielen und demgemäß auch Zölle nichts helfen können, weil die vorhandenen Inlandbestände den Bedarf übersteigen. Es ist deshalb hier auch nicht früher eine Hilfe zu erwarten, als bis sich der deutsche Viehbestand dem Bedarf wieder angepaßt hat. Es ist übrigens damit zu rechnen, daß spätestens Ende kommenden Jahres für die Landwirtschaft bessere Ver-

hältnisse eintreten, weil bis dahin auch von selbst sich der Viehbestand entsprechend verringert haben wird. Mit der Viehwirtschaft hängt die Milchwirtschaft aufs engste zusammen. Seinen Einnahmeausfall in diesem Jahr berechnet allein das bayerische Allgäu auf fast 24 Millionen Reichsmark, und ähnlich wird es wohl in den anderen süddeutschen Milchzeugungsgebieten liegen. Hier wird vor allen Dingen eine Erhöhung des Butterzollses und eine Kontingentierung der Einfuhr ausländischer Produkte durch entsprechende Sandhabung der Devisenverordnung verlangt. Ebenso Senkung der Frachttarife für Vieh- und Wollereiprodukte. Auf dem Buttermarkt werden die deutschen Meiereien ständig von Dänemark und Schweden unterboten, die ihre Produktion in England nicht mehr unterbringen können. Auf dem Berliner und Hamburger Markt beträgt der jetzige Engrospreis für Butter nur noch rund 80 Proz. des Standes von Ende November 1913. Hierbei ist allerdings zu bedenken, daß handelspolitische Maßnahmen ihre Gefahren haben, denn gerade Holland und Dänemark nehmen ein Mehrfaches im Wert der deutschen Ausfuhr ab, als sie nach Deutschland an Agrarprodukten einführen.

Weitere Forderungen der süddeutschen Landwirtschaft beschäftigen sich, wie mitgeteilt, mit der katastrophalen Lage des Waldbesitzes, zumal der Wald die einzige Reserve vieler bäuerlichen Wirtschaften darstellt. Es wurde verlangt: Einschränkung der überflüssigen Holzeinfuhr, evtl. ein Holzeinfuhrmonopol, Senkung der Reichsbahn-tarife, Verwendungsgebot für deutsches Holz, Bevorzugung des Holzhausbaues.

Der verringerte Bierausstoß der Brauereien, hervorgerufen einmal durch Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit und zum anderen durch die Überbesteuerung des Bieres hat gleichfalls die Lage der süddeutschen Landwirtschaft außerordentlich verschlimmert. Wie aus den kürzlichen Mitteilungen der Organisation der badischen Brauereien hervorgeht, ist der durchschnittliche Abjagrückgang an Bier von 40,8 im letzten Kalendervierteljahr im Reich, in Baden und Hessen mit 52 Proz. weit überholt worden und beträgt in unserem Grenzland zum Teil sogar bis zu 80 Proz. Dieser Rückgang muß natürlich die süddeutsche Landwirtschaft, die Überduschgebiet an hochwertiger Brauerzeugnisse ist und außerdem fast den ganzen Hopfen für Deutschland erzeugt, schwer treffen. Beträgt auch die badische Hopfenerzeugung nur einen Bruchteil der deutschen Hopfenerzeugung (mehr als vier Fünftel entfallen auf Bayern), so handelt es sich doch auch hier um ein wichtiges Handelsgewächs, durch dessen katastrophale Preisentwicklung viele badische Landwirte sehr schwer betroffen sind, zumal auch das schlechte Ernteretter die Qualität außerordentlich verminderte. Hier kann nur eine radikale Verringerung der Anbaufläche in Deutschland, die jetzt 15 000 Hektar beträgt, helfen, und der bekannte bayerische Bauernführer, Dr. Heim, verlangt ihre Verringerung auf 6000 Hektar, wobei den Landwirten eine Entschädigung von 600 RM pro Hektar (im ganzen wären 3,6 Millionen Reichsmark erforderlich) zu geben wären. Da es sich bei den Hopfenböden fast durchweg um beste Kulturböden handelt, wäre die Umstellung durchaus wirtschaftlich, während die jetzige Stützungsaktion, indem das Reich für eineinhalb Millionen Reichsmark die Reste der diesjährigen Hopfenernte aufgekauft hat, nur eine Augenblickshilfe ist, da der Hopfen nicht wie der amerikanische Weizen verbrannt werden kann und im nächsten Jahr wieder auf den Markt kommt und preisdrückend auf die Ernte 1932 wirken wird. Gersten- und Hopfenbau verlangen außerdem eine entsprechende Senkung der Biersteuer.

Die weinbauende Landwirtschaft wendet sich übrigens gegen die Behauptung, daß der Weinbau etwa von dem Rückgang des Bierkonsums in gewissen Bezirken wirklich profitiert habe. Von einer ernststen Konkurrenz des Weins gegen das Bier könne deshalb, wenigstens allgemein, nicht gesprochen werden, weil einem Weinkonsum in Deutschland in Höhe von 2½ bis 3 Millionen Hektoliter ein Bierkonsum von fast 50 Millionen Hektoliter gegenüberstehe. In gewissen Weinregionen sei es weniger die Konkurrenz des Weines, die für den Rückgang des Bierkonsums verantwortlich zu machen sei, als das starke Absinken der Kaufkraft der Bevölkerung, die unter besseren wirtschaftlichen Verhältnissen eben ihren Wein verkauft und dafür häufig selbst Bier getrunken habe.

Nachdem die Notverordnung doch die sehr umstrittene Zwangsverwertung aller im Inland begebenen öffentlichen und privaten Anleihen, Pfandbriefe, Obligationen und Hypotheken unter Abkehr vom bisherigen Sprozentigen Typ auf einen neuen Sprozentigen Normaltyp bringt, muß sich auch der Geldmarkt diesem neuen Latbestand, der nun auf dem innerdeutschen Kapitalmarkt eintritt, anpassen. Die deutsche Notenbank, die Reichsbank, ist deshalb zu der gemeldeten Diskontermäßigung geschritten, um den Anstoß des Geldmarkts an die veränderte Kapitalmarktlage zu ermöglichen. Der Reichsbankpräsident hat die Maßnahme damit begründet, daß nun ein gesicherter Haushaltsplan vorhanden sei, und daß die tiefgreifenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung jedenfalls deren Willen bekunden, die finanzpolitischen und wirtschaftlichen Grundlagen für die Aufrechterhaltung der Währung zu sichern. Die Reichsbank habe alle Möglichkeiten prüfen müssen, die in der Entwicklung liegenden preisrückenden Tendenzen zu

unterstützen, und die Möglichkeit einer Senkung des Diskontsatzes um 1 Proz. und des Beleihungssatzes um 2 Proz. gefunden.

Im Anschluß daran haben die Bankenorganisationen Beschlüsse über die Ermäßigung der Bankzinsen gefaßt. Die Kontoforrentschulden werden nicht nur um die 1prozentige Reichsbankdiskontermäßigung, sondern außerdem noch um 1 Proz. entlastet, womit der Zustand wieder hergestellt wird, der vor der Bankenkrisis bestand. Die Bankzinsen sind ja damit immer noch reichlich hoch, da noch die verschiedenen Nebenposten hinzukommen. Bisher stand der Sollzinsfuß 2 Proz. über dem Reichsbankdiskont, nun ist diese Spanne auf 1 Proz. ermäßigt worden, so daß er gegenwärtig 8 Proz. beträgt. Im übrigen beraten nun die Organisationen der Banken, Sparkassen und Genossenschaften über die weiteren Maßnahmen zur Zinsenkung. Sie werden voraussichtlich aufgefordert, dem Reichskommissar für das Bankgewerbe Bericht zu erstatten. Dieser hat das Recht, etwaige Beschlüsse gegen Außenleiter für verbindlich zu erklären.

Um die heftigste Regierungsbildung

Die nationalsozialistischen Forderungen
Als Mindestforderungen der Nationalsozialisten für eine Beteiligung der NSDAP an der heftigsten Regierung wurden folgende Punkte beantragt:

Die Zahl der heftigsten Minister wird auf einen, den Staatspräsidenten, beschränkt. Er wird von der NSDAP gestellt. Sämtliche Staatsstellen werden gestrichen. Die heftigste Geschäftsbefugnis beim Reich wird sofort aufgehoben und durch eine mit einem Herrn beehrte Geschäftsstelle ersetzt. Alle Parteibuchbeamten ohne die vorgeschriebene Fachbildung werden sofort ohne Rücksicht entlassen. In der Zentralverwaltung werden — im Sinne des Gutachtens des Reichsparteikommis-sars — zahlreiche Funktionen teils abgebaut, teils auf die mittleren Behörden übertragen. Das Gehalt des Staatspräsidenten wird auf 12 000 M festgesetzt, ebenso alle Höchstgehälter und Pensionen in Staat und Gemeinden. Die Zahl der Landtagsabgeordneten wird auf 30 herabgesetzt. Die Bezüge der Landtagsabgeordneten werden auf den Satz der wirklichen Ausgaben herabgesetzt. Weiter werden Forderungen zur Kultur- und Schulpolitik und zur Außenpolitik erhoben.

Die Antwort des Zentrums

In der Antwort des Vorsitzenden der heftigsten Zentrumsfraktion heißt es u. a.:

„Die Zentrumspartei hat sich in Reich und Ländern, ihrem Charakter als Verfassungspartei getreu, jederzeit verpflichtet gefühlt, in Regierungen mit Parteien zusammenzuwirken, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohl des gesamten Volkes dienen wollen. Unsere klare und positive Grundeinstellung macht jede weitere allgemeine Erklärung über parteimäßige Voraussetzungen überflüssig.“

Die Zentrumspartei muß eine Zusammenarbeit mit der NSDAP an folgende Bedingungen knüpfen, ohne deren Erfüllung weder die Verfassung gewahrt, noch die öffentliche Ordnung gesichert bliebe! Die NSDAP. sei sich bewußt, daß sie auch während ihrer Mitwirkung in der Regierung die Legalität in all ihren Handlungen wahren, allen Rufschändern entgegenzutreten und andere als die Machsinstrumente des Staates nicht bilden wird.

Die ersten Punkte der nationalsozialistischen Forderungen wollen Vereinfachung und Vereinfachung des Gesetzgebungs-, Regierungs- und Verwaltungsapparats. Das hat die Zentrumspartei im Rahmen der Verfassung jederzeit angestrebt. Sie ist also bereit, über diese Punkte in Verhandlungen einzutreten und an ihrer Durchführung mitzuwirken, soweit nicht Vorschriften der heftigsten Verfassung oder der Reichsverfassung entgegenstehen.

Was die vorgeschlagene Regelung der Stellung des Staatspräsidenten und der Ministerien anlangt, so wird gesagt: Sollte sich eine Regelung dieses Vorschlags treffen lassen, die mit der heftigsten Verfassung in Einklang gebracht werden kann, so würde eine solche Neuerung auch eine Folgerung haben. Der Staatspräsident müßte dann parteipolitisch unabhängig sein. Ferner wird auf die kulturellen Richtlinien der heftigsten Zentrumspartei verwiesen. Damit sei auch die Stellung des Zentrums gegenüber der marxistischen Kulturauffassung gegeben. Es lehne Kassen- und Klassenhaft ab. Die Zentrumspartei tritt ferner mit der gegenwärtigen Reichsregierung für eine Politik ein, die dem deutschen Volke innere und äußere Freiheit, Zukunftsentwicklung und Weltgeltung schaffen und sichern wird.“

Rein Empfang Hitlers beim Reichspräsidenten. Zu der Meldung eines Berliner Blattes, wonach Adolf Hitler heute vom Reichspräsidenten empfangen werden soll, wird von unternichteter Seite mitgeteilt, da ein solcher Empfang nicht beabsichtigt ist, und daß Hitler auch kein derartiges Ersuchen gestellt hat.

Die „Berliner Vorzeitung“ ist vom Polizeipräsidenten auf acht Tage verboten worden, und zwar wegen eines Artikels, der den Konflikt des Innenministers Sebering mit den Polizeioffizieren behandelte.

Ein nationalsozialistischer Funktionär in Schweden verhaftet. Der deutsche Hauptmann a. D. Meyer, der von der Nationalsozialistischen Partei den Auftrag erhalten hatte, in Schweden eine Sektion der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu gründen, wurde von der Stockholmer Polizei verhaftet.

Das Stockholmer Nobelfest. Im großen Saal des Stockholmer Konzerthauses wurde am Donnerstagabend das diesjährige Nobelfest in Gegenwart des Königs gefeiert. Die deutschen Gelehrten Bosc, Bergius und Warburg nahmen die Nobelpreise aus der Hand des Königs entgegen. — Die diesjährigen Nobelpreisbeträge sind die höchsten, die je verteilt worden sind, und belaufen sich auf je 178 206 Kronen. Im ersten Nobelpreisjahr betragen die einzelnen Summen 150 782 Kronen, im Jahre 1923 nur 114 935 Kronen. Von den insgesamt verteilten Preisen sind 4 760 961 Kronen deutschen Gelehrten zuerkannt worden, an zweiter Stelle folgt Frankreich mit 2 859 983, an dritter England mit 2 280 527, an vierter die Vereinigten Staaten mit 1 594 234 Kronen.

Ompeda f. Gestern nacht verstarb in München nach längerem schweren Leiden der bekannte Schriftsteller Georg Freiherr von Ompeda im 69. Lebensjahr.

Die Schuldenverhandlungen

Deutsche Darlegungen in Basel

Auf der Sitzung des Beratenden Sonderausschusses in Basel am Donnerstag gab Ministerialdirektor Graf Schwerin-Kraus ein Exposé über die deutsche Staatlage. Die Einnahmen im Etatjahr 1932/33 schätzte der deutsche Sachverständige auf 7,2 Milliarden, wenn man die Mindereingänge an Steuern von ungefähr 600 Millionen in Anrechnung bringe. Durch die Notverordnungen seien etwa vier Milliarden Reichsmark Ersparnisse im Reich, Ländern und Gemeinden erzielt worden. Zu den sehr ausführlichen Darlegungen, die großen Eindruck machten, wird Deutschland noch ein ergänzendes Memorandum überreichen.

Reparationen und Kriegsschulden

Präsident Hoover legte dem amerikanischen Kongreß ein Sonderbotschaft vor, die sich mit auswärtigen Angelegenheiten befaßt und die Notwendigkeit einer baldigen Neuregelung des ganzen Kriegsschuldenproblems betont. Es sei sehr dringlich, soweit Zahlungen an Amerika am 15. d. M. fällig seien, durch ein Gesetz den Finanzminister zum Anschluß dieser Raten und ihrer Abzahlung im Laufe von 10 Jahren zu ermächtigen. Es sei klar, daß einige Regierungen nicht imstande sein würden, weitere Zahlungen in vollem Umfang zu leisten. Deshalb müßten in einigen Fällen noch weitere einseitige Neuregelungen getroffen werden. Er empfehle aus diesem Grund die Wiedererrichtung der Kriegsschuldenkommission, die diese Frage prüfen solle.

Die Reiter aus Washington melden, hat die französische Regierung der amerikanischen Regierung formell mitgeteilt, daß eine Revision der Reparationsverpflichtungen von einer entsprechenden Herabsetzung der Kriegsschulden begleitet sein müßte.

Neue Steuern in Amerika

Präsident Hoover hat am Mittwoch dem amerikanischen Kongreß seine angekündigte große Finanzvorlage überreicht, in der neue Steuern zur Abdeckung des gewaltigen neuen Fehlbetrages im amerikanischen Haushalt vorgesehen sind. Der Fehlbetrag dürfte im Laufe der Jahre 1931/33 insgesamt 4442 Millionen Dollar erreichen.

Als Ausgleich sind folgende Steuermaßnahmen vorgesehen: die Erhöhung der Einkommensteuer von 1%, 3 und 5 v. H. auf 2, 4 und 6 v. H. Der Steuerzuschlag für die hohen Einkommen wird um 100 v. H. erhöht. Die untere Steuergrenze wird herabgesetzt, die Körperschaftsteuer und die Grundbesitzsteuer werden auf den Stand des Jahres 1921 erhöht. Ferner werden Sondersteuern auf Kraftwagen, Rundfunkanlagen, Grammophone und ihre Zubehör eingeführt. Die Zigaretten- und Vergnügungssteuer werden gleichfalls erhöht. Alle diese Steuererhöhungen stellen, wie Hoover betonte, Notmaßnahmen dar, die spätestens im Juli 1934 wieder fortfallen sollen.

Kurze Nachrichten

Eine Fraktionslösung der Wirtschaftspartei im Reichstag kam zu dem Ergebnis, daß die große Mehrheit der neuen Bestimmungen angeht die gewaltigen Finanznot der öffentlichen Hand für die Wirtschaftspartei erträglich sei. Die sog. Wapen-pauschalierung sei imstande, dem Gewerbe die Erhöhung der Umsatzsteuer erträglich zu machen.

Preußen plant eine Schlachtsteuer. Die preussische Regierung plant die Einführung einer Schlachtsteuer nach bayerischem Muster. Gegen die Einführung dieser Steuer erhebt das Fleischergewerbe Einspruch.

Die Werkspionage bei J. G. Farben. In der Werkspionageangelegenheit, die seit März d. J. die Staatsanwalttschaft Frankenthal beschäftigt, ist jetzt die Anklage gegen sieben ehemalige Arbeitnehmer verschiedener Werke der J. G. Farbenindustrie erhoben worden. Die Hauptverhandlung beginnt in der kommenden Woche vor dem Erweiterten Schöffengericht in Frankenthal.

Dr. Gerete erkrankt. Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Reichstagsabgeordneter Dr. Gerete, ist an einer Nierensteinkolik erkrankt und wird sich in der nächsten Zeit von den politischen und kommunalpolitischen Arbeiten fernhalten müssen.

Im Völkerverbundrat wurde in Paris der Resolutionsentwurf zum Mandatsstreifenkonflikt von Japan und China nur mit Vorbehalten angenommen. Bei der Abstimmung wurde der Entwurf dann einstimmig angenommen. Nach Schlußanfragen wurde die Ratstagung geschlossen. — Staatssekretär Stimson äußerte, daß der Beschluß des Völkerverbunds einen bestimmten Fortschritt darstelle, die endgültige Lösung aber auf einer Verständigung zwischen China und Japan beruhen müsse.

Revolutionäre Unruhen in ganz Peru halten an. Regenerungsgruppen sahen sich zum Einschreiten sowohl im Süden wie im Norden des Landes veranlaßt.

Alleine Chronik

In Neustadt a. S. starb der pensionierte 84 Jahre alte Postbeamte Karl Fischer nach langem schweren Leiden. 1923 war er in Lambrecht bei Ausübung seines Postdienstes durch separatistisches Gesindel schwer verletzt worden. Im Laufe der Jahre trat eine vollständige Lähmung ein, von der nun der Tod Fischer erlöste.

In Oberwehren bei Kassel wurde die 77jährige Försterswitwe Elise Rösel in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Da die Leiche eine kleine Stichwunde aufweist und außerdem eine Geldbörse in der Wohnung fehlen soll, nimmt man an, daß die Greisin ermordet worden ist.

In Berlin drangen nach einer Mitteilung der Polizei heute nacht Mitglieder eines nationalsozialistischen Sturmtrupps in ein Kaffeehaus in der Köpenicker Straße ein und gaben mehrere Schüsse ab, die jedoch niemand verletzte. Die Angestellten setzten sich sofort zur Wehr. Dabei wurde ein Angehöriger der NSDAP durch einen Schlag mit einem Bierglas verletzt. 15 Personen wurden festgenommen.

Vor der Berliner Universitätsklinik fing der 25jährige Charlottenburger Kaufmann Danz, der nachts dem Alkohol zugesprochen hatte, morgens mit einem Messer, der sich zur Arbeit begeben wollte, Streit an und bedrohte ihn mit einer Schußwaffe. Als nun eine Angestellte der Klinik am Fenster erschien, wurde sie von dem wild um sich schreienden Kaufmann am Kopfe getroffen und lebensgefährlich getroffen. Danz gab auch Schüsse auf die Polizeibeamten ab, die ihn festnahmen.

In Berlin begann der Prozeß gegen den Briefträgermörder Reins.

Auktionshaus Schwer Kreuzstr. 3, Eingang Zirkel, Tel. 4852
Größte Auktionshalle am Platze.

Samstag, 12. Dez., vorm. 1/11 und nachm. 1/3 Uhr, gelangen zur Versteigerung: Blüthner-Flügel, Klavier, Harmonium, Grammophone, Banjo, stilles Speisezimmer, weißes Tochterzimmer, alt. Wasch-Toilette, Standuhr, Garten-Garnitur und vieles andere mehr. • Regelmäßige Versteigerungen.

Badischer Teil

Vernichtung von beschlagnahmten Nahrungsg- und Genussmitteln

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird uns geschrieben:

Da hinsichtlich der Vernichtung von Schmuggelgut, insbesondere von Nahrungsg- und Genussmitteln, immer wieder falsche Nachrichten verbreitet werden, liegt Veranlassung vor, die Öffentlichkeit über die darüber bestehenden Bestimmungen zu unterrichten.

Waren, die von der Zollbehörde beschlagnahmt und eingezogen worden sind, weil die darauf ruhenden Abgaben hinterzogen worden sind, dürfen nach den bestehenden Verwertungsbestimmungen grundsätzlich nur zu einem die Abgaben deckenden Preise verwertet werden. Diese Bestimmung ist getroffen, um das rechtliche inländische Gewerbe, das nur verzollte und versteuerte Waren in den Verkehr bringt, davor zu schützen, daß auf ungesetzlichem Wege heringebrachte Waren mit den vorchriftsmäßig verzollten und versteuerten Waren in einem ungleichen Wettbewerb treten.

Waren, für die im Inland ein dringender Bedarf besteht, dürfen aber seither schon auch dann in den freien Verkehr gesetzt werden, wenn ein die Abgaben deckender Erlös nicht zu erzielen war, sofern nur ein annehmbares Gebot vorlag. Ferner hat bei dem Reiseverkehr rechtmäßig eingeführte Tabakwaren und bei Liebesgabenwendungen, für die die Verfügberechtigten die Entrichtung der Abgaben ablehnten, eine Verwertung zu unterbleiben. Diese Waren können im Einverständnis mit dem Verfügungsberechtigten an ein Kriegsblindenheim oder eine Fürsorgestelle für Schwerkrriegsbeschädigte zollfrei überwiesen werden; andernfalls werden sie versteigert, auch wenn die Abgaben durch den Erlös nicht gedeckt werden.

Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Notlage hat der Herr Reichsminister für Finanzen ganz allgemein weiter angeordnet, daß vor der Vernichtung beschlagnahmter Nahrungsg- und Genussmittel, für die bei der Verwertung ein die Abgaben deckender Erlös nicht erzielt werden kann, in jedem Falle seine Entscheidung eingeholt wird, ob nicht eine Abgabe der beschlagnahmten Waren an Wohlfahrtsvereine (Winterhilfe, Notstandsflächen o. dgl.) in Frage kommt.

Die Ankunft der Bleag

Die Entscheidung wegen der Übernahme der Badischen Lokaleisenbahnen AG in Karlsruhe (Bleag) soll, wie es heißt, am 15. Dezember erfolgen. Die geschäftsführenden Leiter der privaten Unternehmerin — es handelt sich um eine Lokalbahn-Betriebsgesellschaft in Oberaden mit dem Sitz in Berlin (Deutsche Eisenbahn-Betriebsgesellschaft AG), die als ernsthafte Interessentin in Frage kommt — stehen gegenwärtig noch mit dem Konfuzionsminister der Bleag und mit dem badischen Finanzministerium in Verhandlungen. Im Anschluß an eine am Donnerstag im Ministerium stattgefundene Konferenz wurden die endgültigen Besprechungen bis zu dem genannten Termin aufgeschoben. Bis dahin erwartet man auch die endgültige Stellungnahme seitens der kommunalen Verwaltungen. Nach wie vor ist zu erwarten, daß mit der Übernahme der Bleag vor allem die Albtalbahn Karlsruhe—Dersenthal in vollem Umfang aufrechterhalten werden wird.

Die Deutsche Eisenbahn-Betriebsgesellschaft AG in Berlin wies darauf hin, daß sie für die nachgehenden Unterhaltungsarbeiten rund 600 000 M aufwenden müsse, und stellte die Bedingung, daß ihr der Kapitaldienst aus dieser Summe mit jährlich 60 000 M für die ersten drei Jahre ihrer Betriebsführung ersetzt wird, zumal vorerst Überschüsse aus dem Bahnbetrieb nicht zu erwarten seien.

Das badische Finanzministerium als Aufsichtsbehörde über die Privatbahnen hat folgende Verteilung dieser 60 000 M vorgeschlagen: Kreis Karlsruhe, Kreis Seidelberg und Stadt Karlsruhe je 15 000 M, Kreis Baden 5000 M, Württemberg 10 000 M. Von den 15 000 M, die auf den Kreis Seidelberg entfallen, sind 2000 M vom Kreis Mosbach zu ersehen, in dessen Bezirk sich die Linie Neckarbischofsheim—Düffelhards befindet. Von den restlichen 13 000 M trägt der Kreis Seidelberg 60 Prozent, während die verbleibenden 40 Prozent mit 5200 M auf die Bahnen Neckarbischofsheim—Düffelhards und Wiesloch—Schatthausen—Waldangelloch hälftig verteilt werden.

Die Freiburger Kliniken ziehen um

Der Klinikzug in Freiburg i. Br. erfolgte am Montag und Dienstag dieser Woche. Die „Freib. Hg.“ schreibt darüber u. a.:

Die obere Albertstraße, sonst einer der ruhigen Teile der ganzen Nordstadt, war dieser Tage das Schauspiel bunt bewegten Lebens: die Kliniken zogen um. Wohl sah man in der vergangenen Woche schon ab und zu Möbelwagen auf der einen oder anderen Seite der Straße stehen, am Montag aber war eine lange Reihe solcher Ungetüme vorgefahren. Einer nach dem anderen wurde mit Hunderten von Kisten und Kästen, mit Apparaturen, Instrumenten und Medikamenten gefüllt und rollte davon, während immer wieder leere herangebracht wurden. Krankenautos und Omnibusse der Reichspostverwaltung, an denen die rote Kreuz-Fahne flatterte, fuhren vor. Kranke, Männer und Frauen, die gehen konnten, stiegen ein. Ärzte, Krankenschwestern und Sanitäter halfen ihnen beim Umzug. Die Schwerkranken und solche, die nicht gehen konnten, wurden wohl verpackt in Betten gebüllt auf Tragbahnen in den Krankenautos und Postomnibussen untergebracht. Langsam und vorsichtig fuhr ein vollbesetzter Wagen nach dem anderen hin zu den neuen Kliniken. An sämtlichen Straßenkreuzungen waren zur Abmilderung eines reibungslosen und sicheren Verkehrs Polizeibeamte postiert. Die neuen Heilstätten empfingen die Kranken und bald herrschte hier das gleiche rege Leben. Als der Abend hereinbrach, erstrahlten sie erstmals im hellen Licht, während die Albertstraße in Dunkel gebüllt war.

Aus der badischen Industrie

Um die Wagn-Anfrage. Wie dem „Heidelb. Tagebl.“ aus Köln gemeldet wird, rechnet man damit, daß entsprechend der Reichsbahnquote auf die Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken AG, einschließlich der Waggonfabrik Fuchs in Heidelberg eine Auftragssumme von rund sechs Millionen Reichsmark entfällt, wobei das Heidelberger Werk mit etwa einer Million Reichsmark Aufträge zu rechnen haben dürfte. Vermutlich handelt es sich um eine Reihe verschiedenartiger Wagnentypen, also nicht um Serienaufträge. Es dürfte bei Fuchs-Waggon auf einige Monate für 200—300 Arbeiter Beschäftigung geben.

Prälat Dr. Sester

Das Erzbischöfliche Dom- und Metropolitenkapitel in Freiburg hat, wie mitgeteilt, am Donnerstagmorgen den Domkapitular und Kanonikdirektor Mons. Prälat Dr. Joseph Sester zum Kapitularvikar (Erzbistumsverweser) gewählt.

Prälat Dr. Sester ist am 11. März 1877 in Dutschbach bei Oberkirch geboren. Die Priesterweihe erhielt er am 6. Juli 1900. Bald darauf wurde er zum juristischen Studium beurlaubt, durch welche er den Doktor beider Rechte erwarb. Im Jahre 1910 wurde Sester Pfarrer in Oberwinden. 1911 kam er als Mitglied des katholischen Oberstiftungsrats nach Karlsruhe. 1920 wurde ihm der Titel eines Wirkl. Geistl. Rats beim Ordinariat in Freiburg verliehen. Das Jahr 1924 sah ihn als Domkapitular und nach dem Tode des Generalvikars Metz übernahm er an dessen Stelle das Generalvikariat der Erzdiözese. 1928 wurde er vom Heiligen Stuhl zum Päpstl. Geh. Kämmerer ernannt und 1929 zum Päpstl. Hausprälaten. Anlässlich der Jahrhundertfeier der Diözese Freiburg wurde Prälat Sester der Ehrendoktor der philologischen Fakultät der Universität Freiburg verliehen.

Bürgerschaftserhöhung für die badischen Sparkassen

Die durch Notgesetz verfügte Bürgerschaft des Landes Baden für einen von den badischen Sparkassen und der Badischen Kommunalen Landesbank in Anspruch genommenen Wechselkredit vom 6. August 1931 in Höhe von 27 Millionen Reichsmark ist durch Notgesetz mit sofortiger Wirkung auf 40 Millionen Reichsmark erhöht worden.

Aufklärungsbesuch für Steuerauswüchse

Die Badische Landwirtschaftskammer hatte auf den 7. Dezember die landwirtschaftlichen Vertreter der Steuerauswüchse aus den Finanzamtsbezirken Karlsruhe, Durlach, Ettlingen und Bruchsal zu einer Besprechung über die in den Steuerauswüchsen zu leistenden Arbeiten, insbesondere über die Durchführung der Einheitsbewertung in der Landwirtschaft, nach Karlsruhe in die Schrempf-Gaststätten eingeladen. Die von Landesökonomierat Schittenhelm (Augustenberg) geleitete Versammlung war sehr stark besucht, etwa 250 Mitglieder der Steuerauswüchse waren erschienen. Nachdem jetzt die Steuerauswüchse neu gebildet sind, ist bedächtig im Laufe dieses Monats im ganzen Lande solche Versammlungen abzuhalten.

Aus der Landeshauptstadt

Die Karlsruher Wochenmarktpreise im Vergleich zu 1931

Das Statistische Amt der Stadt Karlsruhe gibt laufend Veröffentlichungen über die Wochenmarktpreise der wichtigsten Lebensmittel (Kleinhändler) heraus. Der neuesten dieser Zusammenstellungen entnehmen wir folgendes:

Rindfleisch 1. Güte mit Knochen (1 Pfund) kostete am 10. Dezember 1931 96—100 Pf., am 10. Dezember 1930 60—12 Pf. (am 11. Dezember 1930 110—116 Pf.). Kalbfleisch 1931 100—105 Pf., am 10. Dezember 1931 60—12 Pf. (am 11. Dezember 1930 110—120 Pf.). Schweinefleisch 1931 80—90 Pf., am 10. Dezember 1931 10—76 Pf. (am 11. Dezember 1930 100—115 Pf.). Hammelfleisch 1931 80 Pf., am 10. Dezember 1931 80—100 Pf. (am 11. Dezember 1930 100—115 Pf.).

Kabliu 1931 60 Pf., am 10. Dezember 1930 40—50 Pf. (am 11. Dezember 1930 50 Pf.).

Kartoffeln 1931 3 Pf., 1931 und 1930 5 Pf.

Der Kopf Weichtraut 1931 20—25 Pf., am 10. Dezember 1931 6—10 Pf. (am 11. Dez. 1930 8—10 Pf.). Ebenfalls groß, wenn auch geringer, sind die Spannen bei anderen Gemüsen wie Birsching, Spinat, während gelbe Rüben eher etwas teurer sind. Endivien kostete 1931 15—18 Pf., das Stück, jetzt 8—10 Pf. Meerrettich 1931 12—15 Pf., jetzt 10—40 Pf. Zwiebeln 1931 das Pfund 9—10 Pf., jetzt 10—12 Pf. (im Dezember 1930 7—10 Pf.). Tafeläpfel 1931 20—25 Pf., jetzt 10 bis 20 Pf. (im Dezember 1930 35—55 Pf.).

Trübeier kosteten am 10. Dezember 1931 11—12 Pf. das Stück, jetzt 13—16 Pf. das Stück, in der gleichen Zeit des Vorjahres 15—19 Pf.

Tafelbutter (inländ.) kostete 1931 das Pfund 1,40 M., am 10. Dezember 1931 1,40—1,80 M. (am 11. Dezember 1930 1,60 bis 2 M.). Landbutter kostete 1931 1,30 M., jetzt 1,30—1,50 M. (in der gleichen Zeit des Vorjahres 1,60—1,70 M.).

Schweinehälften (ausländ.) kostete das Pfund 1931 1 M., zur gleichen Zeit des Vorjahres ebenfalls 1 M., jetzt 80—85 Reichspfennig.

Schweinefleisch kostete 1931 das Pfund 1 bis 1,20 M., jetzt 1,40—1,80 M. (in der gleichen Zeit des Vorjahres 1,60 bis 2 M.).

Limburgerkäse kostete 1931 36—50 Pf., jetzt 60—68 Pf., in der gleichen Zeit des Vorjahres 64—80 Pf.

Bevölkerungsbewegung in der Stadt Karlsruhe. Im 3. Vierteljahr 1931 wurden 908 Ehen geschlossen, d. h. gegen das Vorjahr 57 weniger. Die Zahl der lebend geborenen Kinder beträgt in der Berichtszeit 425. Auch hier ergibt sich ein Minus gegenüber der Parallelzeit der Vorjahre. Einen Rückgang weisen ferner die Sterbefälle auf, deren im Berichtsvierteljahr 376 gemeldet wurden. Auffallend niedrig war die Säuglingssterblichkeit. Es starben im ersten Lebensjahr „nur“ 35 Kinder.

Weihnachtsexpressverkehr. Zur Bewältigung des diesjährigen Weihnachtsexpressverkehrs hat die Reichsbahndirektion Karlsruhe wieder umfassende Vorkehrungen getroffen. In den regelmäßig verkehrenden Zügen laufen zur Aufnahme der Expressaufsendungen besondere Gepädwagen. Nähere Auskunft erteilen die Bahnhöfe. Wegen des großen Andrangs in den späteren Abendstunden wird zur raschen Abfertigung empfohlen, tunlichst schon in den Vormittags- und frühen Nachmittagsstunden aufzuliefern.

Zustellung von Briefen auf der Straße. Die Ausständigung von Briefschaften an Empfängern unterwegs ist den Briefträgern grundsätzlich verboten. Ausnahmen dürfen nur gemacht werden, wenn es sich um besonders dringende Fälle (z. B. beim Verreisen des Briefempfängers) handelt, die dem Zusteller aber glaubhaft nachgewiesen werden müssen. Zur Regel oder Gewohnheit darf die Ausnahme jedoch nicht führen.

Der Postraub auf der Albtalbahn. Die Oberpostdirektion Karlsruhe hat für die Ergreifung der Täter und Wiederbeschaffung des auf der Albtalbahn geraubten Betrages eine Belohnung bis zu 500 M ausgesetzt.

Geschäftliches

Das Kofferhaus Müller (Waldstraße 45) ist führend auf dem Gebiete der Koffer- und Reisegepäckbranche. Verloren sind schon stimmen die weihnachtlich-winterlichen Schaufenster der Firma, die schon rein äußerlich die Fülle der im Geschäftshaus selbst gebotenen Auswahl erraten lassen. Zudem ist die Firma — eine der ältesten dieser Branche in unserer Stadt — bekannt ob ihrer preiswerten Waren.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von Freitagmorgen: Artliche Kaltluft, die in den letzten Tagen nach Skandinavien vorgestoßen war, hat dort einen Hochdruckrücken aufgebaut, der nunmehr mit dem im Westen von uns liegenden Hochdruckgebiet Verbindung aufgenommen hat. Dadurch sind wir von der weiteren Zufuhr ozeanischer Luft abgeschnitten worden und haben Luftzufuhr aus Nordosten bis Norden erhalten. Gleichzeitig fielen im Gebirge etwas ergiebiger Schneefälle, so daß jetzt nach Höhenlage 10—25 Zentimeter Schnee liegen. Im Norden hat es heute früh aufgehört, im Süden schneite es noch. Voraussichtlich wird es allgemein aufheitern. Voraussage: Meist heiter, vorwiegend trocken und verschärfte Nachfröste.

Wasserkände: Waldshut 212 plus 2, Basel 15 plus 3, Schutterinsel 70 minus 4, Rehl 231 minus 1, Magau 403 minus 5, Mannheim 289 minus 11, Caub über 220 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

DJ. Heidelberg, 11. Dez. In dem Hause der Bergheimerstraße 101a ereignete sich gestern mittag in der Dampfwascherei Burdard jr. eine Dampfseilerexplosion, wobei der 23-jährige Sohn des Geschäftsinhabers Frh. Burdard und seine 19-jährige Schwester Marie sehr schwer verbrüht wurden. Bei der Tochter besteht Lebensgefahr. Die Ursache der Explosion ist vermutlich in einer Überhitzung des Kessels zu suchen.

DJ. Mosbach, 8. Dez. Die Post ist in ein neues Postgebäude umgezogen. Die Stadt hat in dem Neubau des Postgebäudes in der Redareler Straße 7 (drei Stockwerke) eine willkommene Bereicherung ihres baulichen Charakters erfahren.

DJ. Marxzell bei Sittingen, 11. Dez. Im hiesigen Forsthaus ereignete sich ein schweres Unglück. Der Förster Eitel hatte eine Kiste in das Erd des Zimmers gestellt, an die sich später zwei Kinder heranmachten. Ein Knabe aus Pfaffenrot hantierte mit dem Gewehr. Dabei ging unversehens ein Schuß los. Die Schrotladung traf den auf einem Stuhl sitzenden 12-jährigen Sohn des Försters durch die Lehne hindurch in den Rücken. Der Junge wurde an der Leber schwer verletzt. Man fürchtet um sein Leben.

DJ. Emmendingen, 10. Dez. Im Alter von 79 Jahren starb nach schwerer Krankheit der Industrielle Ernst Friedrich Sonntag, Inhaber des Eisernen Kreuzes von 1870/71. Er war Teilhaber der J. P. Sonntag Papierfabrik G. m. b. H., in Emmendingen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	11. Dezember		10. Dezember	
	© ab	© ab	© ab	© ab
Amsterdam 100 G.	170.03	170.37	169.93	170.27
Kopenhagen 100 Kr.	76.62	76.78	76.41	76.58
Italien . . . 100 L.	21.58	21.62	21.58	21.62
London . . . 1 Pf.	13.88	13.92	13.84	13.88
New-York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.50	16.54	16.50	16.54
Schweiz . . . 100 Fr.	81.97	82.13	81.84	82.00
Wien 100 Schilling	54.95	55.05	56.94	57.06
Prag . . . 100 Kr.	12.47	12.49	12.47	12.49

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abteilung) vom 9. Dezember 1931 beträgt der Londoner Goldpreis am 9. Dezember 1931 für eine Unze Feingold 128 sh 6 d, in deutscher Währung nach dem Berliner Mittelfuß für ein englisches Pfund vom 9. Dezember 1931 mit 13,76 M umgerechnet 57,020 M, für ein Gramm Feingold demnach 48,5048 pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,79814 M.

Effekten- und Geldmarkt

Der außerbörsliche Verkehr war in dieser Woche ganz zurückhaltend und die Kurse meist abgeschwächt. Vor allem veranlaßte die Veröffentlichung der Notverordnung und die Stellungnahme der Parteien hierzu Zurückhaltung. Auch die in dieser Woche tagende Bankierkonferenz wirkte in dieser Richtung, da nunmehr der Kampf um die Reparationen beginnt. Auch die neue Pfundschwäche lähmte die Unternehmungslust. Renten waren gehalten, da die Verkäufe abgestoppt worden sind. Die Aktienkurse gaben meist nach.

Der Reichsbankausweis zeigte nur geringe Ultimo-Bearbeitung. Die Devisenlage ist fast ausgeglichen. Allerdings sinkt das Deckungsverhältnis immer mehr, so daß die Notensteuer, die die Reichsbank an das Reich entrichten muß, für den Reichsfinanzminister bald zu einer lukrativen Einnahmequelle werden könnte. Als Ursache für die dauernden Devisenverluste bezeichnete Reichsbankpräsident Dr. Luther die hohen Kreditrückzahlungen, zu denen die deutschen Schuldner selbst unter der Geltung des Stillhalteabkommens gezwungen waren. Zum Medio sind weitere 15 Proz. der ausländischen Marktguthaben freizugeben. Außerdem sind Anfang Januar umfangreiche Zinsfälligkeiten zu begleichen, deren Anschaffung sich von Mitte Dezember an bemerkbar machen wird. Die häufigsten Verbindlichkeiten gerade um die Jahreswende kann die Reichsbank in diesem Monat noch 150 bis 200 Millionen Devisen leisten.

Karlsruher Hafenverkehr im November

Der Wasserstand des Oberrheins ist im November 1931 mit kurzen Unterbrechungen dauernd gefallen. Am Pegel zu Magau gemessen betrug er am Anfang des Monats 440 Zentimeter und am Ende des Monats 348 Zentimeter. Bei der Großschiffahrt nach Karlsruhe waren infolge des niedrigen Wasserstandes in den drei letzten Wochen des Monats Leichterungen erforderlich; auch wurde die Schifffahrt auf dem Oberrhein im November wiederholt durch Nebel behindert.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im November 96 Güterboote und Motorboote, sowie 277 Schleppflöße angekommen und 77 Güterboote und Motorboote, sowie 297 Schleppflöße abgegangen. Der Schiffsverkehr im Karlsruher Rheinhafen ist hiernach gegenüber dem Monat Oktober 1931 bei der Ankunft etwas zurückgegangen, dagegen beim Abgang gewachsen. Im Vergleich zum November 1930 war der Schiffsverkehr im November 1931 außerordentlich stark, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß im November 1931 der Wasserstand für die Großschiffahrt ungünstiger war als im November 1930, so daß 1931 zur Beförderung der anfallenden Güter viel mehr Fahrzeuge als 1930 verwendet werden mußten.

Der Gesamtverkehr des Karlsruher Rheinhafens war im November 1931 rund 20 000 Tonnen schwächer als im Oktober 1931, dagegen rund 90 000 Tonnen stärker als im November 1930. In den verflochtenen 11 Monaten des Kalenderjahres 1931 hatte der hiesige Hafen einen um rund 70 000 Tonnen größeren Gesamtverkehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Süddeutsche Zuder AG, Mannheim. Der Aufsichtsrat hat am Donnerstag beschlossen, der Generalversammlung am 8. Januar 1932 für das am 31. August 1931 beendete Geschäftsjahr vorzuschlagen, auf den Reingewinn von 4.294.095 M eine Dividende von 8 Proz. auf die Stammaktien und 4 Proz. auf die Vorzugsaktien zu verteilen und den um 87.544 M auf 1.198.095 M erhöhten Gewinnrest auf neue Rechnung vorzutragen.

Staatsanzeiger

Lebensrettung.
Dem Schiffer Philipp Jakob Bastian in Mannheim, Lafenstr. 20, welcher am 11. Juli 1931 den 5 Jahre alten Walter Straßbüchel aus Mannheim durch mutiges, entschlossenes Handeln vom Tode des Ertrinkens im Verbindungskanal gerettet hat, spreche ich hiermit

eine öffentliche Belobung aus.
Mannheim, den 8. Dezember 1931.
Der Landeskommissar:
Scheffelmeyer.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Ernannt:
Kanzleiaffistent Jakob Geß beim Amtsgericht Mannheim zum Kanzleisekretär.

Verteilt:
Amtsgerichtsrat Arthur Roth in Pöggendorf nach Baldkirch, Aufseher Franz Bog beim Jugendstift Sinsheim in Sinsheim zu den Strafanstalten in Mannheim.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:
Landgerichtspräsident Karl Jäckle in Konstanz auf 1. März 1932, Amtsgerichtsrat Max Hornung in Baldkirch auf 1. Juli 1932.

Zur Ruhe geht:
Kanzleiaffistentin Berta Leibbrand beim Notariat Durlach bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit

Literarische Neuerscheinungen

Werner Scheff: Die verlorene Nacht. Roman. (Leipzig, Giese & Bieder Verlag, 267 Seiten, kartoniert 3,50 M, in Ganzleinen 5,50 M.) — Fälle von Amnesie (Gedächtnisverlust) sind von jeher beobachtet worden, niemals aber so häufig wie seit dem Weltkriege. Werner Scheff, einer großen Lesergemeinde seit langem als ausgezeichnete Erzähler bekannt, behandelt in diesem seinem jüngsten Roman einen solchen Fall in wirkungsvoller Weise. Der bedeutende Schauspieler Gre-

gor Süring verliert durch eine starke seelische Erschütterung und eine Kopfverletzung die Erinnerung an jene Nacht, in der ihn dieses Verhängnis ereilte. Die Umwelt des Theater- und Kinobetriebs ist sehr lebenswahr geschildert. Alles in allem: ein glänzender Unterhaltungsroman.

Gottfried Kählert: Der tödliche Sommer. Ein Buch von Liebe, Tod und Leben. (Ganzleinen 4,85 M. Frundsberg-Verlag G. m. b. H., Berlin.) — Dieses Buch, das in vier Erzählungen von den uralten und doch immerwährend neuen Dingen dieser Welt, von Liebe, Tod und Leben handelt, gleicht symbolisch gesehen, in seinen vier Stücken dem Ablauf des ewigen Jahres. Stets sind Natur und Mensch, Ding und Symbol zu einer starken Einheit verbunden. So wird dieses Buch zu einem dichterischen Werk, das uns ebenso erschüttert und nachdenklich stimmt wie es uns erfreut und erhebt.

Walter von Hollander: Komödie der Liebe. Eine beinahe tragische Ehegeschichte. In Reinen geb. 5 M. (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin.) — In diesem Roman geht es um Sein oder Nichtsein einer Ehe von zwei klugen, zwei geschulten, zwei vernünftigen Gatten; es geht darum: wie aus Eifersucht und Mitleid eine Liebe werden kann. Ein prächtiger Kamerad die Frau; sie übernimmt die Verantwortung für das Leben des Mannes, den sie liebt.

Rudyard Kipling: Wie spricht der Hund? (Paul List, Verlag, Leipzig.) — Wie wir hier unmittelbar in die kleine schwarze Seele des struppigen Scotch Terrier schlüpfen, so werden wir, wie wir ihn selber reden hören mit seiner dem Menschlichen abgelauschten, ins „Hundische“ verwandelten Kleinfingersprache, wie wir uns werden mit seinem Weiterleben „von unten herauf“, mit seinen Freuden und Leiden: Spaziergang, Kneifen, Spiel, Jagd, Kampf und Freundschaft — mit seinen rührenden Ängsten vor der dunklen großen Bedrohlichkeit aller Kreatur — das alles ist zum Entzücken echt und warm in seinem Humor und seiner Wehmut für jeden Hundefreund und jeden fühlenden Menschen. Ein Buch, wie es nur ein in höchster Reife stehender, tief gütiger Dichter schreiben konnte, der schon mit halbem Jenzenseitblick auf diese Welt und ihre rätselhaft in Mensch- und Tiergestalt gebannten Geschöpfe blickt. Ein Buch, so leicht und natürlich hingeflossen, daß jedes Kind seine helle Freude daran haben kann, und so lächelnd Weisheit voll, daß der Gereifte sich darüber verstimmen mag. Die Freundschaft zwischen dem kleinen schwarzen Stiefel und dem großen Jagdhund Roland gehört zum Innigsten und zugleich Humorvollsten, was es in aller Literatur gibt.

Deffes Musikerfalter. 54. Jahrgang 1932, 3 Bände, 2200 Seiten. Preis 10 M. Max Hesses Verlag, Berlin-Schöneberg. — Der „Vereinigte Kalender Hesse-Stern“ geht in diesem Jahre zum 54. Male in die Welt hinaus. Daß der neue Jahrgang des besonders handlichen der musikalischen Welt auch diesmal besonders verbessert und vermehrt erscheinen würde, war vorauszusehen. Dieser ist ein Umfang von 2200 (1) Seiten erreicht. Band I (Notizbuch) ist in Ganzleinen gebunden und enthält auf Schretpapier ein vollständiges Kalenderium bis 31. Dezember 1932. Band II und III (Adressbände) enthalten alles Wissenswerte über das Musikleben in

mehr als 580 Städten des In- und Auslandes: Konzertdirektionen, Vereine, Stiftungen, Zeitungen, Regensenten, Musikverleger, alphabetisches Verzeichnis der konzertierenden Künstler nach Fachgruppen. Der Städteenteil umfaßt außer Deutschland fast ganz Europa und Amerika. Nach tausenden zählenden Adressenverzeichnis bekannter Künstler, Pädagogen usw. uft. Einer Empfehlung bedarf der „Hesse“, an dem, wie im Vorwort ersichtlich, hunderte bekannter Musikerpersönlichkeiten mitarbeiten, um gemeinsam mit dem Verlag dieses Handbuch der Musikwelt zu schenken, überhaupt nicht mehr. Auch der neue Jahrgang, der angedachts seines überreichen Inhalts äußerst preiswert ist, wird jedem unentbehrlich sein, der irgendwie zum Musikleben in Beziehung steht.

Weihnachtsbücher für die Jugend

Else Wibel: Die Nordbergmädel. 264 Seiten mit 24 Einheitsbildern von Schulze-Görlich. (Neuener, 36. Band der Kränzchen-Bibliothek. In Reinen 3,80 M, Union Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart.) — Die Nordbergmädel sind ein innerlich und äußerlich gesund und gerade gewachsenes Völkchen munterer junger Menschenkinder, das in der Ungebundenheit eines Gutshofes in den bayrischen Vorbergen aufwächst. Die neue Zeit dringt auch in diesen kleinen Kreis behüteter und umzogter Jugend, deren Lebensweg oft mit dem abenteuerlichen Geschehnis ihres Freundeskreises verknüpft ist. Der gute moderne Inhalt und die schöne Form empfehlen das Buch als Festgabe, die bei allen jungen Mädchen Anklang finden wird.

Gebrüder Grimm Märchen. 2. Folge. 94 Seiten mit einem farbigen Titelbild und einem farbigen Deckbild von Paul Deh, sowie 11 Textillustrationen von Robert Weise. (Gebunden 2 M.) — Der bekannte Jugendschriftenverlag der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart gibt zu einem erstaunlich geringen Preis neue Ausgaben der Märchen von Andersen, Grimm, Kautz und Bechstein heraus. Die Bände zeichnen sich durch klaren Ausdruck aus. Besondere Erwähnung verdient der Band von Bechstein, der in einer modernen Moderschrift gedruckt ist. Durch ihre vielen, teils farbigen Bilder werden die schon gebundenen Bücher den kleinen Lesern große Freude bereiten.

Gustave Aimard: Antinahel, der Großhändler der Kranken. Eine Erzählung aus den Kämpfen der Roten und Weißen im Lande der Anden. Mit 4 Bildern. (Neuener Band der Union-Jugendbücherei. In Reinen 2,80 M, Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.) — Witten hinein in die Kämpfe und Bündnisse der eingewanderten Weihen mit eingeborenen Indianerstämmen führt diese Erzählung. Die schönsten und verwegenen Abenteuer aus Wimmerous und Lederstrumpfs Zeiten werden wieder lebendig. Mit dieser Schilderung kann G. Aimard gut neben Cooper, dem Meister der Indianergeschichte, bestehen, und sein Buch wird manchem begeisterten Anabenerhergen die kommende Winterzeit verkürzen. Die vorliegende Neuausgabe, im Rahmen der Union-Jugendbücherei erschienen, entspricht den heutigen Ansprüchen nach moderner Ausstattung und billigem Preis durchaus.

Den Qualitäts-

Koffer

in jeder Preislage

Die geschmackvolle und solide

Damen-Tasche

in prima Vollrindleder schon von **2,50** an

Brieftaschen prima Vollleder	2,50	Aktenmappen prima Vollrindleder	5,75
Schreibmappen	11,-	Schulranzen	7,50
Reise-Necessaires in Vollrindl.	6,50 7,- 7,50	Einrichtungskoffer prima Vollrindleder	25,-

Alles Qualitätsware und größte Auswahl

KOFFER-MÜLLER

Karlsruhe
Waldstraße 45

Eigene Kofferfabrik und Reparaturwerkstätte

Sonntag geöffnet von 11-6 Uhr

L. 622

Ginner

Weihnachts-Bock-Bier

im Ausverkauf in allen Ginner-Lokalen

L. 621

BADISCHE LICHTSPIELE

KONZERTHAUS

Ab Freitag und folgende Tage je 20³⁰ Uhr, Sonntags nur 16 Uhr

Henny Porten - Ernst Deutsch

in dem herrlichen Filmwerk aus den sechziger Jahren

Das alte Gesetz

Großes Orchester unter Leitung von Kapellmeister FRITZ BRAUN
Konzerteinlage: Abu Hassan v. K. M. v. Weber
Preise: —,60, —,80, 1,00, 1,40 RM. Jugendliche zugelassen

Durch Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 5. Dezember 1931 Nr. 109261 ist dem Georg Gensheimer die Erlaubnis erteilt worden, bis zum 31. Dezember 1932

- in Karlsruhe, Zirkel 30, gewerbsmäßige Wetten bei öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde abzuschießen oder zu vermitteln.
- sich seiner Ehefrau Marie geb. Gold und des Büroangestellten Karl Friedrich Mayer in seinem Geschäft, Zirkel 30, zum Abschluß und zur Vermittlung von Wetten (Buchmachergehilfen) zu bedienen.

R. 743
Karlsruhe, den 9. Dezember 1931. D.-Z. 69
Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

B. 460. Karlsruhe. Über das Vermögen des Karlsruher Elektrizitätsgesellschaft m. b. H. in Karlsruhe, Herrenstr. 4, wurde heute nachm. 16.35 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist: Rechtsanwalt Dr. Theodor Buh in Karlsruhe, Kaiserstr. 162. Vergleichstermin ist am: Donnerstag, den 7. Januar 1932, vormittags 9 1/2 Uhr vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. Nr. 6, 2. Stod, Zimmer 139. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen, sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 8. Dezember 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.

B. 461. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Otto Brüdner in Karlsruhe, Schützenstr. 47, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlussfassung über die

nicht verwertbaren Vermögensgegenstände und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausschussmitglieder, sowie zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten bevorrechtigten Forderung Schlusstermin bestimmt auf: Montag, den 4. Januar 1932, vormittags 10 1/2 Uhr vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 3. Stod, Zimmer Nr. 253, Karlsruhe, den 4. Dezbr. 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.

R. 744. Karlsruhe. Im Konkurs über das Vermögen des Otto Brüdner, Baubeschläge an gros, Karlsruhe, Schützenstr. 47, soll die Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind nach Befriedigung der festgestellten bevorrechtigten Forderungen noch 4982,23 RM. verfügbar. Zu berücksichtigenden sind gewöhnliche Konkursforderungen im Gesamtbetrag von 128 973,21 RM. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle Abt. 1 des hiesigen Amtsgerichts zur Einsicht aus. Karlsruhe, den 11. Dezember 1931. Der Verwalter: Carl Nagel.

Badisches Landestheater

Samstag, 12. Dez. 1931

Nachmittags:
Neu einstudiert

Der gestiefelte Kater

Märchenpiel
von Emil Alfred Hermann
Dirigent: Stern
Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:
Ewig, Genier, Seiling, Brand, Ernst, Perz, Höder, Kienscher, Kubne, Luther, Rehner, S. Müller, Prüter, Schulze, S. Müller, Sindemann, Nagel

Anfang 15 Ende 17
Preise: 0,50—2,20 RM

Abends:
* E 10 Th.-Gem. 501—600

Hänsel und Gretel

Märchenpiel von Gumpert
Dirigent: Schwarz
Spielleitung: Brusch

Mitwirkende:
Fanz, Wiant, Haberhorn, Seiberlich, Janz, Müllich, Löfer

Hierauf:
Die Puppentheater
Ballet von Joseph Bayer
Dirigent: Keilberth
Spielleitung: Kuhlmann

Mitwirkende:
F. Kifan, Krager, Kuhlmann, Seiling, Lubach, Kainbach, F. Kifan, Sindemann, Luther, S. Müller, Nagel, S. Minimus, J. Sonntag, das Ballett, die Kinoballettschule

Anfang 20 Ende 22 1/2

So. 13. 12. Nachmittags: Der gestiefelte Kater. Abends: Neu einstudiert: Dillolo. Im Konzerthaus: Dillolo.

Durlach. R. 739
Güterrechtsregister. Eingetragen am 7. Dezember 1931: Weith Karl, Malermeister in Jöhlingen und Sofie geb. Faby. Vertrag vom 16. November 1931: Gütertrennung.
Amtsgericht.

Schwetzingen. R. 742
Güterrechtsregistereintrag Band III Seite 6: Klud Hans, Schlosser in Pfalzstadt und Martha geb. Gern. Vertrag vom 21. November 1931: Gütertrennung.
Schwetzingen, 8. Dez. 1931.
Bad. Amtsgericht I.

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der bad. Regierung der

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger